



IN ALLER KÜRZE

**Miese Mathe-Noten**

Die Mathe-Vorabiturklausur an allen Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen ist noch schlechter ausgefallen als befürchtet. Nach Korrektur der insgesamt 3.201 Arbeiten ergibt sich laut Schulbehörde ein Notendurchschnitt von nur 4,1. Das ist noch schlechter als der nach ersten Rückmeldungen der Schulen prognostizierte Notendurchschnitt von 3,9. Wegen des miserablen Abschneidens hatte Senator Ties Rabe (SPD) bereits angeordnet, alle Ergebnisse um eine Note anzuheben. Die Opposition kritisierte die Behörde scharf, forderte Rabe auf, aus dem Desaster „politische Konsequenzen“ zu ziehen. (dpa)

**Mehr Neubauten bewilligt**

Der Bauboom in der Stadt setzt sich fort. Im vergangenen Jahr sei der Neubau von 12.471 Wohnungen genehmigt worden, teilte die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen mit. Damit sei das im Bündnis für das Wohnen vereinbarte Ziel von 10.000 zu genehmigenden Wohnungen pro Jahr übertroffen worden. Der Neubau von „attraktiven und bezahlbaren Wohnungen“ sei entscheidend, um den Wohnungsmarkt zu entspannen, sagte Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD).

2015 waren 9.560 Wohnungen bewilligt worden. (dpa)

**Stiefvater verurteilt**

Knapp acht Jahre nach dem Tod des Babys Lara Mia hat das Landgericht den Stiefvater zu einer Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt. „Spätestens einen Monat vor dem Tod erkannte der Angeklagte, dass das Kind ohne ärztliche Hilfe sterben könnte“, sagte der vorsitzende Richter. Die Verteidigung kündigte Revision an. Lara Mia war im März 2009 im Alter von neun Monaten gestorben. Zu dem Zeitpunkt wog sie nur 4,8 Kilogramm – halb so viel wie in ihrem Alter normal. Die Todesursache konnte nicht endgültig geklärt werden. (dpa)

**Ausgrabungen in der Stadt**

Mitten in Hamburg finden ab sofort wieder archäologische Grabungen statt. Sechs Monate lang soll der Bereich um die sogenannte „Neue Burg“ im Nikolaiquartier untersucht werden, teilte das Archäologische Museum mit. Der Hopfenmarkt berge ein „einzigartiges Bodendenkmalensemble“. Genau hier habe vor fast 1.000 Jahren die Entwicklung Hamburgs von der Burg zur Stadt begonnen. (epd)

# Moorburg kämpft nicht allein

**STADTENTWICKLUNG** Von den Plänen der „Hafenpassage“ ist das Dorf besonders betroffen, hat sich aber mit Anliegern zusammengeschlossen, um das Projekt zu verhindern



Stelzenbau neben Bullerbü-Idyll: Die Hafenpassage würde dicht an Moorburg (linker Bildrand) vorbeiführen. Illustration: Verkehrsbehörde

VON DARIJANA HAHN

Schmucke Häuser an einer kurvigen Straße, Kirschbäume auf dem Deich und unendlich scheinendes Grün hinter den Häusern – Moorburg ist ein Dorf mit Bullerbü-Qualitäten. Wenn da nicht die A7 wäre, die das über 700 Jahre alte Straßendorf zerschneidet, wenn da nicht am Ostrand das Kohlekraftwerk wäre und nicht im Nordwesten die blau-roten Kräne Altenwerders, die an das Damoklesschwert erinnern, das über Moorburg hängt: dass das Dorf seit 1982 zum Hafenerweiterungsgebiet gehört.

Obendrauf kommen nun die Pläne einer weiteren Autobahn, der A26-Ost die in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet, im noch unberührten, naturbelassenen Süden von Moorburg, verlaufen soll.

Am Mittwochabend haben die Moorburger im vollen, 250 Personen fassenden Saal des Gasthauses „Moorkathen“ den Verantwortlichen der Verkehrsbehörde klargemacht, dass sie

sich mit den vorgestellten Plänen der A26-Ost so nicht abfinden wollen. Zusammen mit Initiativen aus den anderen Anliegergebieten wie Bostelbek und Wilhelmsburg hatten sie sich zum „Bündnis Verkehrswende Hamburg“ (BVH) zusammengeschlossen und die Einladung der Behörde, „Kommen wir ins Gespräch“, angenommen.

Doch die Gesprächsbasis ist denkbar schmal. Das Bündnis will nicht über die Linien-

**Hafenpassage**

Die Hafenpassage hat drei Planungsabschnitte: von der A7 bis Moorburg, weiter bis zur Hohen Schaar und bis Stillhorn.

Ein Planfeststellungsverfahren gibt es für jeden Abschnitt. Für den Moorburger Teil beginnt es bereits am 17. Februar.

Für den Abschnitt in Wilhelmsburg soll es erst Mitte 2018 beginnen. Zur Vorbereitung wird am 1. Februar 2017 im Bürgerhaus Wilhelmsburg ein mehrmonatiger Beteiligungsprozess eingeleitet.

führungen diskutieren, sondern lehnt das gesamte Projekt als „rückwärtsgerichtet“ und „zynisch“ ab: Hamburg brauche keine neue Autobahn. Stattdessen müsse die Haupthafenroute über die Köhlbrandbrücke ertüchtigt und der öffentliche Nahverkehr dringend ausgebaut werden, fordern die Gegner der A26-Ost.

Dieses circa 10 Kilometer lange Stück Autobahn soll laut Verkehrsbehörde „eine Lücke im Hamburger Straßennetz“ schließen und eine seit Jahrzehnten diskutierte Verbindung zwischen den Autobahnen A7 und A1 im Hamburger Süden herstellen.

„Solche Großprojekte lassen sich gar nicht durchsetzen, wenn sie nicht für die Bürger erhebliche Vorteile bringen“, versuchte Peter Pfeffermann das aufgebrachte Publikum in Moorburg zu beschwichtigen. Der Projektleiter der mit dem Bau beauftragten Deges (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) versicherte, dass stark befahrene

Straßen wie die B73 in Harburg und der Moorburger Elbdeich entlastet würden, dass an Lärmschutz selbstverständlich gedacht worden sei und die bedrohte Bekassinie gar nicht aus Moorburg vertrieben werden könnte, weil es ihr dort ohnehin bereits „viel zu lüderlich“ sei.

„Das ist nicht wissenschaftlich, was Sie uns da präsentiert haben, sondern eher Veralberung“, kritisierte der Wilhelmsburger Matthias Böllkow und war dabei nur einer von vielen, die Pfeffermanns Beteuerung einer allgemeinen Entlastung, die die Hafenpassage angeblich mit sich bringe, als „zynisch“ empfanden.

„Wir werden Gespräche führen mit politischen Parteien“, kündigte der Moorburger Stephan Zins vom Bündnis an und gab sich unterstützter von den Anwesenden kämpferisch: „Wir werden nicht nachlassen, dieses Ding zu verhindern.“ Denn der Lärm und die Schadstoffe, die die neue Autobahn mit sich brächte, bedeuteten für Moorburg den „Todesstoß“.

HEUTE IN HAMBURG

## „Kompetenz vermitteln“

**SCHULE** Das Albrecht-Thaer-Gymnasium wird als erste „Verbraucherschule“ Hamburgs ausgezeichnet

**taz: Warum müssen Schüler das Konsumieren lernen, Herr Schröder?**

**Oke Schröder:** Unsere Aufgabe ist es, mündige Bürger zu entlassen, die hinsichtlich ihres Konsumverhaltens bewusste Entscheidungen treffen können. Wir möchten unsere Schüler zum bewussten Umgang mit Medien, Warengütern und Finanzangeboten anregen. Dazu benötigen sie nicht nur Fachwissen, sondern auch Lebenskompetenzen, die man auch und vor allem in der Schule erwerben kann.

**Ist die Vermittlung dieses Wissens nicht Aufgabe der Eltern?** Das schon, aber die haben nicht die Möglichkeit, Experten einzuladen oder den Kindern ein Thema eine Woche lang intensiv näherzubringen. Und das Thema Konsumverhalten können Eltern aufgrund seiner schnellen Entwicklung und hohen Komplexität vielleicht gar nicht in der Form verfolgen, wie wir es als Schule können. Solche Themen – Konsum, Nachhaltigkeit, Ernährung und Klima – können wir konzentrierter und mit möglicherweise besser gesichertem Wissen vermitteln.

**Wie vermitteln Sie diese Themen?** Wir binden sie in allen Klassenstufen in geeignete Fächer wie Biologie, Geschichte und Politik-Gesellschaft-Wirtschaft ein. Außerdem organisieren wir Projekttag oder -wochen und arbeiten mit Experten oder auch mit den Eltern zusammen. Dabei konzentrieren wir uns auf

die Vermittlung sowohl zentraler Werte als auch praktischer Kenntnisse für den Alltag. Zum Beispiel binden wir die Schüler in die Gestaltung unseres weitläufigen und grünen Geländes ein oder organisieren einen Tag im Supermarkt, an dem die Schüler sich mit Werbestrategien und der Wertigkeit bestimmter Verpackungssiegel auseinandersetzen.

**Was bedeutet es für Sie, Verbraucherschule zu sein?**

Wir haben schon vor unserer Teilnahme am Projekt Verbraucherschulen zu den einzelnen Themen gearbeitet, freuen uns aber sehr über das Unterstützungsangebot durch die Verbraucherzentrale, die uns zum Beispiel Experten vermitteln kann. Sie stellt eine gute, kritische Alternative zu den zahlreichen kommerziellen Anbietern aus dem Finanz- oder Medienbereich dar, die zu Werbezwecken versuchen, in die Schulen zu kommen.

INTERVIEW: LENA ECKERT

Das Gymnasium erhält heute die Auszeichnung als „Verbraucherschule“

**Oke Schröder**

45, ist stellvertretender Schulleiter des Albrecht-Thaer-Gymnasiums im Stadtteil Hamburg-Stellingen  
Foto: privat



## Alle müssen Mathe studieren

**SCHULE** Kommission legt Vorschläge zur Reform der Grundschullehrer-Ausbildung vor

Künftige Lehrer an Hamburgs Grundschulen sollen die Fächer Deutsch, Mathematik und ein weiteres Fach studieren. Das sehen die Empfehlungen vor, die gestern eine Kommission zur Lehrerbildung unter Leitung des Bildungsforschers Ewald Terhard an Schulsenator Ties Rabe (SPD) und Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) übergab. Außerdem soll es künftig den Studiengang „Stadtteilschullehrer“ geben.

Die Reform sei nötig, weil der bisher einheitliche Studiengang „Grund-, Haupt- und Realschullehrer“ nicht mehr zur Schul-

struktur passe, teilte der Senat mit. Statt eines Lehrerstudiums für den Unterricht der Klassen 1 bis 10 müsste es je einen für die Arbeit mit jüngeren und mit älteren Schulkindern geben. Senator Rabe hatte der Kommission zu Beginn allerding Vorgebungen gemacht. Er wollte – anders als 2012 von einer bundesweiten Lehrerkommission empfohlen – keine einheitliche Ausbildung für Lehrer an Stadtteilschulen und Gymnasien, obwohl beide Kinder bis zum Abitur führen. Deshalb sollte die Kommission getrennte Studiengänge entwickeln. Die Unterscheidung hat

die Kommission nun so geregelt: Stadtteilschullehrer müssen eines, Gymnasiallehrer zwei Fächer auf gymnasialem Niveau studieren und bis zum Abitur unterrichten können. In der verbleibenden Zeit sollen angehende Stadtteilschullehrer mehr Pädagogik studieren.

Die Umsetzung der Vorschläge soll nun mit den Hochschulen diskutiert werden. Ein Thema dürfte dabei das Pflichtstudium Mathe für neue Grundschullehrer sein. Eine solche Regel, von der man sich bessere Mathe-Ergebnisse bei den Kindern verspricht, hatte jüngst

Berlin eingeführt und war auf Probleme gestoßen: Obwohl der Numerus clausus dort für Grundschullehrer für diesen Jahrgang 1,6 betrug, fielen im August 2016 bei eine Matheprüfung fast 40 Prozent durch, wie der RBB berichtete. Studierende protestierten gegen den Umfang des Mathe-Moduls.

Darauf nimmt die Kommission in ihrem Bericht Bezug. Die Erfahrung zeige, dass sich die fachliche Matheausbildung der Unis an den künftigen Adressatenkreis ausrichten müsse. Schließlich werden Grundschullehrer gebraucht. **KAJ**